

Baruther Anzeiger

Heute
neuer Roman

Älteste Heimatzeitung für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Pflitz und Radeland (gegr. 1865)

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis monatlich 0,90 RM, zuzügl. 0,18 RM Bestellgeld.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes. — Einzelverkaufspreis 10 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaßte Millimeterzeile (46 mm) 4 Reichspfennig, die dreigegepaßte Millimeterzeile im Textfeld (93 mm) 10 Reichspfennig. Bei Wiederholungen wird Nachlaß gewährt nach unserer Preistabelle.

Fernsprecher Nr. 217. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich gedruckene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 138 Montag/Dienstag, den 16./17. November 1936 71. Jahrgang

Deutsche Wasserstraßen

Eine Erklärung der deutschen Regierung über die internationalen Stromakte

Die beteiligten deutschen Missionen bei den in den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertretenen Regierungen haben im Laufe des Sonnabends diesen Regierungen ein Schreiben übermittelt, das folgenden Inhalt hat:
Die Freiheit der Schifffahrt auf allen Wasserstraßen und die Gleichbehandlung aller im Frieden lebenden Staaten auf diesen Wasserstraßen sind vor dem Weltkrieg fast 100 Jahre lang die Grundlagen einer fruchtbarsten Zusammenarbeit zwischen den Anliegern der schiffbaren Ströme gewesen. Demgegenüber ist in Versailles im Widerspruch mit dem Grundgedanken der Gleichberechtigung auch auf diesem Gebiet einseitig zum Nachteil Deutschlands ein künstliches und den praktischen Bedürfnissen der Schifffahrt zuwiderlaufendes System geschaffen worden, das Deutschland eine dauernde internationale Ueberwachung seiner Wasserstraßen aufzuzwingen suchte, indem es die deutschen Hoheitsrechte mehr oder weniger auf internationale Kommissionen unter weitgehender Mitwirkung von Nichtuferstaaten übertrug.

Die deutsche Regierung hat sich aufs ernste bemüht, diese unerträgliche Regelung durch anderweitige Vereinbarungen zu beseitigen.

Die deutschen Bevollmächtigten in den Kommissionen haben in langwierigen Verhandlungen versucht, spätestens zum 1. Januar 1937 einen Zustand herzustellen, der mit dem deutschen Standpunkt verträglich gewesen wäre. Ein Erfolg ist diesen Bemühungen versagt geblieben, weil die anderen beteiligten Mächte sich nicht haben entschließen können, ein System aufzugeben, das in seinen Grundlagen mit den deutschen Hoheitsrechten unvereinbar ist.

Ueberdies ist am Rhein der nächst Deutschland wichtigste Uferstaat, das Königreich der Niederlande, den im Mai d. J. getroffenen Vereinbarungen nicht beigetreten; es sind aber gerade an diesem Strome klare Verhältnisse notwendig. In der Elbe ist es nicht gelungen, die neue Regelung von der Versailler Grundlage zu lösen und insbesondere den Zustand zu beseitigen, daß vier Nichtuferstaaten ohne besondere Interessen an der Elbeschifffahrt auch heute noch den Anspruch erheben, Garanten der Schifffahrt auf diesem Strome zu sein. Für den deutschen Oberstrom besteht noch heute, wenn auch ohne Beteiligung Deutschlands, eine internationale Kommission mit einem im Jahre 1920 ohne deutsche Mitwirkung provisorisch bestellten französischen Generalsekretär. An der Donau haben zehn Jahre Bemühungen des Donauuferstaates Deutschland um Wiedereintritt in die Donauverbindungskommission keinerlei Erfolg gehabt. Die von der deutschen Regierung mit allem Nachdruck seit Ende Mai d. J. betriebene Revision der Donauakte hat trotz allen Entgegenkommens Deutschlands keinerlei Fortschritte gemacht. Endlich glauben die anderen Mächte, in bezug auf den Kaiser-Wilhelm-Kanal an der Deutschen Elbe in Versailles ungezügelter willkürlicher Beschränkung der deutschen Hoheitsrechte festhalten zu sollen.

Die deutsche Regierung kann es nicht verantworten, die vordringende gegenwärtige Lage der Dinge noch länger hinzuziehen. Sie sieht sich deshalb zu der Erklärung gezwungen, daß sie die im Versailler Vertrag enthaltenen Bestimmungen über die auf deutschem Gebiet befindlichen Wasserstraßen und die auf diesen Bestimmungen beruhenden internationalen Stromakte nicht mehr als verbindlich anerkennt.

Sie hat dementsprechend beschlossen, die für den Rhein am 4. Mai getroffene vorläufige Vereinbarung (modus vivendi) gemäß deren Artikel 3 Absatz 2 mit sofortiger Wirkung hiernit zu kündigen, und von der Unterzeichnung der für die Elbe entworfenen Vereinbarung gleichen Charakters abzusehen. Damit entfällt eine weitere Mitarbeit Deutschlands in den Versailler Stromkommissionen. Die Vollmachten der bisherigen deutschen Delegierten sind erloschen.

Zugleich teilt die deutsche Regierung folgende von ihr getroffene Regelung mit: Die Schifffahrt auf den auf deutschem Gebiet befindlichen Wasserstraßen steht den Schiffen aller mit dem Deutschen Reich in Frieden lebenden Staaten offen. Es findet kein Unterschied in der Behandlung deutscher und fremder Schiffe statt; das gilt auch für die Frage der Schiffsfahrtsabgaben.

Dabei teilt die deutsche Regierung voraus, daß auf den Wasserstraßen der anderen beteiligten Staaten Gegenleistung gewährt wird. Außerdem wird die deutsche Regierung die deutschen Wasserstraßenbehörden anweisen, mit den zuständigen Behörden der anderen Anliegerstaaten gemeinsame Fragen zu erörtern und darüber gegebenenfalls Vereinbarungen zu treffen.

Die Auslandspresse zu dem deutschen Schritt

Die Mitteilung der Reichsregierung über die Wiederherstellung der Reichshoheit über die Wasserstraßen wird in der Auslandspresse als ein weiterer Schritt auf dem von Hitler eingeschlagenen Wege zur Zerrüttung des Versailler Vertrags dargestellt.

Die englische Presse brachte die Nachricht in riesiger Aufmachung unter Schlagzeilen, wie „Hitler zerreißt den letzten Faden des Versailler Vertrags“ oder „Die letzten Fesseln von Versailles heute von Deutschland abgeworfen“. Aber die Presse enthält sich eigener Stellungnahmen. Der „Star“ stellt kurz; dazu fest, daß Europa diesen Schritt erwartet habe, da nach der Befreiung des Rheinlandes die internationale Kontrolle der Wasserstraßen noch das einzige in Kraft gebliebene Ueberbleibsel des Friedensvertrages bedeutet hätte.

Infolge des späten Eintreffens der Nachricht zum Wochenende lagen auch in der Pariser Presse nur kurze Notizen vor. In französischen politischen Kreisen erklärte man ebenfalls, daß man auf einen solchen Entschluß schon vorbereitet gewesen sei, da gewisse Anzeichen, besonders die Zurückziehung des deutschen Vertreters in dem internationalen Kontrollsaal, bereits vor einiger Zeit darauf hingedeutet hätten. Das französische Verfahren in diesem Falle werde voraussichtlich darin be-

stehen, daß man formell Verwahrung einlege und dann einen Meinungsaustrausch zwischen den Unterzeichnern des Versailler Vertrages und besonders zwischen London und Paris herbeiführe, um eine gemeinsame Protestaktion einzuleiten. deren Ziel werde die Feststellung sein, daß kein Staat sich einseitig den Verpflichtungen aus einem Vertrage entziehen könne, und daß diese Verpflichtungen so lange weiterbeständen, als sie nicht durch gemeinsame Uebereinkommen aufgehoben werden. Der „Zeit Parisien“ schreibt, durch die Kündigung der Abschnitte über die Stromkontrolle habe Hitler das letzte Servitut aus dem Vertrage von Versailles zerrissen. Der Führer wolle die Souveränität des Reiches erneut bestätigen. Den Deutschen fehlten die Gründe nicht, um zu beweisen, daß ihre Ströme nicht allein in einem Zustand der Zwangsverwaltung stehen dürften, während bei den anderen mit Ausnahme der Donau jede internationale Kontrolle fehle.

Die holländische und belgische Presse bezeichnen den deutschen Schritt ebenfalls als eine Abschüttelung der letzten Fessel von Versailles. In den an der Rheinschifffahrt beteiligten Rotterdammer Kreisen erachtet man, dem „Telegraaf“ zufolge, eine Rückkehr zum Mannheimer Traktat als keineswegs unvortheilhaft. Für die Niederlande könne es als Profitium nach der günstigen Seite gelten, daß Belgien als politische Partei nicht mehr in der Rheinschifffahrt vertreten sei. Im übrigen erachte man in niederländischen Schiffsfahrtskreisen die psychologische Bedeutung des deutschen Schrittes als weit wesentlicher als seine praktische Auswirkung. Die belgische Presse kündigt ebenso wie die französische Protestschritte gegen die deutsche Note in Berlin an, erklärt aber weiter, Deutschland werde von seinem Weg trotzdem nicht einen Finger breit abweichen und consequenter den Kampf gegen einen Vertrag weiterführen, den es als eine Schmach empfinde.

Das Opfer von Langemarch

Strahlende Novembersonne leuchtete in der Reichshauptstadt am Sonntag über dem Tag von Langemarch, den die Reichsjugendführung und der Langemarchausflug gemeinsam mit dem Korpsverband der Langemarchregimenter, der NSDAP, und den Deutschen Studentenschaften der Berliner Hochschulen im Beisein zahlreicher Ehrengäste begingen. Nach dem Festakt in der Deutschlandhalle, bei dem Gauleiter Adolf Wagner die Gedächtnisrede hielt, legte Reichsjugendführer Baldur v. Schirach in der Langemarchgedächtnisrede auf dem Reichssportfeld einen Kranz nieder.

Dem Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ folgte zunächst die Langemarch-Lantate von E. W. Moeller, „Briefe von Gefallenen“, von Musikausführungen umrahmt. Dann sprach Reichsjugendführer Baldur v. Schirach. Die Jugend des Dritten Reiches, so sagte er, begehe zum drittenmal gemeinsam mit den Soldaten des Weltkrieges den Tag von Langemarch. Dieser Tag sei kein Tag der Trauer, denn trotz des verlorenen Krieges seien wir Deutschen doch die wahren Sieger dadurch, daß wir uns selbst gewonnen hätten. Gauleiter Adolf Wagner (Mitglied) gab darauf einen Rückblick über die verflochtenen Kriegs- und Friedensjahre. Einmütig stand bei Ausbruch des Krieges die Nation auf, alle Unterschiede der Partei und des Standes waren vergessen, und in dieser absoluten Geschlossenheit vermochte die deutsche Armee vier Jahre hindurch unergreifliche Festenaten zu verrichten. Schließlich wurde aber die Front von rückwärts zerbrochen. Mäander alte Feldjäger wandte sich voll Ekel dem öffentlichen Leben ab. Da aber stand ein Mann auf und übernahm aus eigener Initiative das Kommando. Dieser Mann war Adolf Hitler. Er rief in München die Fahne empor und stürmte vorwärts. Erst folgten ihm nur sieben Mann. Aber schließlich stand hinter ihm das ganze deutsche Volk. Und in dieser geschlossenen Einheit der Nation richtete er die neue deutsche Wehrmacht auf. Der Opfergang der Soldaten von Langemarch war also doch nicht umsonst gewesen. Die Schmach ist nun von uns genommen, und die deutsche Jugend steht bereit, das Erbe von Langemarch anzutreten und es jenen Helben gleichzutun. Die Frontkämpfer aller Länder sind die besten Garanten des Friedens, da sie den Krieg und seine Schrecken aus eigener Erfahrung kennen. In seinem Schlusswort gelobte Reichsjugendführer Baldur v. Schirach, daß die Jugend stets bereit sein werde, den Frieden und die Ehre der Nation mit ihrem Blute zu verteidigen.

Männer der NSDAP, wie den Reichspressesekretär, den Reichsärzteführer, den Generalinspektor für das deutsche Straßennetz u. a. gehört hatten, sprach Dr. Ley über seine Aufgabe beim Aufbau der Partei und ihrer Verbände. Er unterrichtete die Einzelteilnehmer seiner Tätigkeit sowohl als Organisationsleiter der Partei wie als Reichsleiter der NSDAP und zeigte ihre Entwicklung an dem bisherigen Werden der Partei, die nicht nach festen Plänen von oben her, sondern organisch von unten her aus einzelnen Teilen gewachsen sei.

Dr. Ley bezeichnete in seiner Uebersicht weiter die Schaffung der NSDAP, als die Organisation des Volkes unter der Leitung einer in der NSDAP zusammengestellten Führerschaft. Sie habe demzufolge so wenig geistige Zusammenhänge mit den früheren Systemen der Gewerkschaften oder der Unternehmerverbände, wie sie materielle Verbindung dazu habe.

Weder wirtschaftliche noch Interessentwendigkeiten bestimmen sie, sondern ausschließlich die politischen Ziele der Partei.

Die Partei erhebe durch sie den ausdrücklichen Anspruch auf die Menschenführung. Nach der klaren Darlegung der bis heute in der Organisation der Partei gestellten Frage zeigte Dr. Ley den Gauamtsleitern seine zukünftigen Pläne. Eine Forderung sei für ihn die Schulung des Führerkorps der NSDAP, und die Erziehung des Führernachwuchses. Nachdem beide lange unter Benutzung überbrachter Systeme und Hilfsmittel behelfsmäßig, aber dennoch nicht ohne guten Erfolg durchgeführt wurden, seien sie jetzt auf ganz neuem Wege, für den z. B. die jüngst veröffentlichte Vereinbarung zwischen Reichsorganisationsleiter Dr. Ley für die Partei und dem Reichserziehungsminister Krieger für den Staat ein kennzeichnender Maßstab sei. Sie verspreche, daß das bloße Examenwissen für die Beurteilung der Jugend nicht mehr maßgebend sein werde. Die Auslese der Jugend für unsere Zwecke erfolgt künftig durch die Hoheitsträger.

Die Partei werde der Fähigkeit ohne Mühsal auf Geld und Elternland die Wahlen in die Führerschaft des deutschen Volkes streben.

Von den Aufschaukeln aus Ländern der Jugend die Dödensburgen offen. Sie sollten das künftige politische Führerkorps an Körper, Seele und Geist zur Vollkommenheit bilden.

Ganz in Hand mit diesen Erziehungsplänen gab der Reichsorganisationsleiter die Schaffung einer grundsätzlichen gütigen Geschäftsordnung für alle Dienststellen der Partei bekannt. Dr. Ley sprach schließlich davon, daß die körperliche Erziehung der Politischen Leiter eine unabwehrbare Forderung bleiben werde. Die äußere Haltung solle ein Ausdruck der inneren Gesinnung sein, körperliche Tüchtigkeit aber jede Gesundheitsverhaltung voraus.

Examenswissen — unmaßgeblich

Dr. Ley über die Erziehung des Nachwuchses vor den Gauamtsleitern

Im Rahmen der Reichstagung aller Gauamtsleiter der NSDAP, die seit dem 10. November auf der Ordensburg Boelkana (Eifel) bereits zahlreiche leitende